

Early Warning – Fallstudie Mazedonien

Veränderungen im Stabilitätsprofil zwischen Herbst 1998 und Frühjahr 1999

Einleitende Bemerkungen

Dieser Beitrag hat die Veränderungen im Stabilitätsprofil Mazedoniens im Zeitraum zwischen Herbst 1998 und Mitte April 1999 zum Inhalt. Es handelt sich dabei um die Fortsetzung einer Early Warning-Analyse des Militärwissenschaftlichen Büros und des Instituts für Internationale Friedenssicherung im Bundesministerium für Landesverteidigung, deren Hauptstudie¹ die Entwicklung in Mazedonien von 1991 bis Herbst 1998 beleuchtete. Der Analyse liegt die Annahme zugrunde, daß die fragile Stabilität Mazedoniens sowohl durch außenpolitische Faktoren (Kosovo-Konflikt) als auch durch innenpolitische Probleme (interethnische Konflikte zwischen Slawo-Mazedoniern und Albanern) gefährdet ist und deshalb präventive Maßnahmen von außen ergriffen werden müßten, um einer möglichen Destabilisierung Mazedoniens entgegenzuwirken.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst werden Veränderungen im Bereich der politischen Stabilität (hierbei wird zwischen der innen- und außenpolitischen Dimension unterschieden), der ethnisch-religiösen Stabilität, der ökonomischen Stabilität sowie der demographischen Stabilität untersucht. Im zweiten Teil wird darauf eingegangen, welche nennenswerten Veränderungen im Analysezeitraum vor dem Hintergrund des eskalierenden Kosovo-Konflikts im Bereich der mazedonischen Streitkräfte konstatiert werden konnten.

Abschließend wird versucht, durch ein sog. *Krisenpotentialranking*, das für den Monat April 1999 erstellt wurde, jene Konfliktfelder in Zusammenhang mit der Innen- und Außenpolitik Mazedoniens hervorzuheben, bei denen nach Ansicht der Verfasser im Sinne einer präventiven Politik erhöhter Handlungsbedarf seitens politischer Entscheidungsträger der Staatengemeinschaft bestünde.

1 Veränderungen im Bereich der politischen, ethnisch-religiösen, ökonomischen und demographisch-sozialen Stabilität

1.1 Die politische Stabilität

Positiv auf die innenpolitische Stabilität wirkte sich im Analysezeitraum – wider Erwarten – die Bildung einer neuen Regierung aus, die vor allem aus mazedonisch-nationalen und albanisch-nationalen politischen Kräften zusammengesetzt ist. Diese löste nach den letzten Parlamentswahlen von Oktober und November 1998 die bisherige Regierungskoalition aus linken mazedonischen Parteien und der als gemäßigt geltenden Albanerpartei Partei der Demokratischen Prosperität (PPD) ab. In der neuen Regierung befinden sich mit der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE) und der Demokratischen Partei der Albaner (PDSH) zwei Parteien, die mit ihrer divergierenden ethno-nationalistischen Programmatik bis zu den Wahlen verschiedene politische Zielsetzungen verfolgten. Während die slawo-mazedonische VMRO-DPMNE betonte, daß Mazedonien vor allem der Nationalstaat der Slawo-Mazedonier sei, in dem anderen Volksgruppen nur die Rechte von Minderheiten zustehen würden,

¹ Walter Feichtinger / Predrag Jureković / Andrea Riemer, Fallstudie „FYROM/Mazedonien“. Anwendung eines Early Warning Systems. In: Gustav E. Gustenau (Hrsg.), *Konfliktentwicklung auf dem südlichen Balkan*, Informationen zur Sicherheitspolitik Bd.17.

forderte die albanische PDSH – mit Hinweis auf den hohen Anteil der Albaner an der Gesamtbevölkerung Mazedoniens (ca.23-30%) – die Umwandlung Mazedoniens in einen binationalen mazedonisch-albanischen Staat und die Anerkennung der albanischen Sprache als zweite Staatssprache. Mit ihrer Beteiligung an der neuen Regierung, der als dritter Koalitionspartner die mazedonische Zentrumspartei Demokratische Alternative angehört, nahmen sowohl die VMRO-DPMNE als auch die PDSH von ihrer bisherigen an Maximalforderungen orientierten nationalen Programmatik Abstand. Seit der Regierungsbildung (Ende November 1999) verfolgen beide Parteien eine am interethnischen Kompromiß orientierte Politik, die insbesondere im mehrheitlich von Albanern bewohnten Westen Mazedoniens zu einer signifikanten Reduzierung der interethnischen Spannungen und allgemein zu einer verstärkten Identifikation der albanischen Bevölkerung mit dem mazedonischen Staat geführt hat. Zu den von der neuen Regierung initiierten Maßnahmen zur Verbesserung der interethnischen Beziehungen gehörten im Analysezeitraum die Freilassung der albanischen Bürgermeister von *Tetovo* und *Gostivar* (Westmazedonien), die 1997 im Zuge von Unruhen zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurden, sowie die Erhöhung des Anteils der Albaner in der staatlichen Verwaltung.²

Im außenpolitischen Bereich führte die Normalisierung der Beziehungen zu Bulgarien im Analysezeitraum zu einer Verbesserung der Umfeldsituation Mazedoniens, die durch ethnische Konflikte (Kosovo) und tendenziell feindlich ausgerichtete Nachbarstaaten (insbesondere Griechenland) gekennzeichnet ist.

Bulgarien hatte zwar als einer der ersten europäischen Staaten Mazedonien als Staat 1992 völkerrechtlich anerkannt, verweigerte jedoch die Anerkennung der Existenz einer eigenen mazedonischen Nation oder Sprache mit der Begründung, daß die mazedonische Sprache ein bulgarischer Dialekt sei. Wegen des bulgarisch-mazedonischen Sprachenstreits stagnierten die mazedonisch-bulgarischen Beziehungen zwischen 1992 und 1999; mehrere Dutzend Abkommen, auf deren Inhalt man sich prinzipiell geeinigt hatte, wurden nicht unterzeichnet. Am 22. 2. 1999 beendeten Bulgarien und Mazedonien offiziell ihren Sprachenstreit, indem bei einem Treffen der Ministerpräsidenten Mazedoniens und Bulgariens, *Ljupco Georgievski* und *Ivan Kostov*, in Sofia „Mazedonisch“ als Bezeichnung der Staatssprache Mazedoniens seitens der bulgarischen Regierung offiziell anerkannt wurde. Neben dem Abschluß mehrerer Handels-, Wirtschafts- und Transportabkommen sowie einem Abkommen über Waffenlieferungen Bulgariens an Mazedonien (siehe 2.2.2) wurde in Sofia auch eine Erklärung unterzeichnet, die beinhaltet, daß beide Staaten keine Aktivitäten ihrer jeweiligen ethnischen Minderheit in Mazedonien bzw. Bulgarien unterstützen werden, die die territoriale Integrität und die innere Sicherheit des Nachbarstaates gefährden. Weiters verpflichteten sich die beiden Staaten, auch in Hinkunft keine territorialen Ansprüche gegenüber dem Nachbarstaat zu erheben.³

Im Gegensatz zu den Beziehungen zu Bulgarien, die sich aufgrund der Beilegung des Sprachenstreits normalisierten, verschlechterten sich im Analysezeitraum die Beziehungen der mazedonischen Regierung zu Serbien. Die Zulassung der Stationierung von NATO-Truppen in Mazedonien (ca.12.000, Stand April), deren Aufgabe ursprünglich in einer möglichen Evakuierung der im Kosovo tätigen OSZE-Beobachter bestand und die nach der Beendigung der Kampfhandlungen im Krisengebiet zur Wiederherstellung einer zivilen Ordnung im Kosovo eingesetzt werden sollen, wurde von der serbischen Regierung als ein feindlicher Akt der mazedonischen Regierung interpretiert. Serbische Regierungsmitglieder (insbesondere der serbische Vize-Premier *Vojislav Šešelj*) verschärften seit März ihre

² Vgl. FAZ, 30. 3. 1999, S. 3.

³ Vgl. International Crisis Group, Macedonia Update. Challenges and Choices for the New Government (April 1999). In: <<http://www.crisisweb.org/projects/sbalkans/reports/mac07rep.htm>>.

Drohung, daß Mazedonien zum Ziel serbischer Vergeltungsschläge werden könnte, falls die NATO von mazedonischem Territorium aus kriegerische Maßnahmen gegen Serbien setzt. Die Präsenz der NATO-Kräfte führte im Analysezeitraum auch zu einer Radikalisierung der in Mazedonien lebenden serbischen Minderheit (ca.2 %), deren Hauptsiedlungsgebiete im Raum *Kumanovo* in der Nähe der mazedonisch-serbischen Grenze liegen. Angehörige der serbischen Minderheit und ihre politischen Repräsentanten, deren Politik mit der Belgrader Führung akkordiert ist, forderten in gewalttätigen Demonstrationen den Abzug der NATO-Soldaten, die als feindliche Kräfte bezeichnet wurden.⁴

1.2 Die ethnisch-religiöse Stabilität

Wegen der von der neuen Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Reduzierung der interethnischen Konfliktpotentiale zwischen der slawo-mazedonischen Mehrheit und der albanischen „Minderheit“ konnte im Analysezeitraum allgemein eine Erhöhung der ethnisch-religiösen Stabilität konstatiert werden. Negativ auf diesen Stabilitätsbereich wirkte sich jedoch die zunehmende Radikalisierung der serbischen Minderheit im Kontext der NATO-Präsenz in Mazedonien und der Peace-Enforcement-Maßnahmen der Allianz in der Bundesrepublik Jugoslawien aus. Aufgrund des geringen Anteils der serbischen Minderheit an der mazedonischen Gesamtbevölkerung hat deren „tendenzielle Illoyalität“ gegenüber der mazedonischen Regierung jedoch nur geringe Auswirkungen auf die Gesamtstabilität des mazedonischen Staates.

1.3 Die ökonomische Stabilität

Die allgemeine Transformationskrise, in der sich Mazedonien seit dem Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien befindet und deren wichtigster Indikator eine auch für den südosteuropäischen Raum überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ist (>30 %), hat sich durch die Kriegshandlungen in der Bundesrepublik Jugoslawien noch verschlechtert. Mazedonien ist seit dem Beginn der NATO-Angriffe in der Bundesrepublik Jugoslawien (24. 3. 1999) mit einer weiteren Reduzierung seiner Exportfähigkeit konfrontiert, da die Bundesrepublik Jugoslawien nicht nur als wichtiger Abnehmer von landwirtschaftlichen Produkten aus Mazedonien wegfällt, sondern auch als Transitgebiet für den Warenaustausch zwischen Zentraleuropa und Mazedonien nicht mehr benutzbar ist.⁵ Zu einer weiteren Verringerung der ökonomischen Stabilität in Mazedonien führte im Analysezeitraum der Umstand, dass Mazedonien neben Albanien die Hauptlast bei der Aufnahme von albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo zu tragen hatte, die von den serbischen Sicherheitskräften aus ihren Heimatgebieten vertrieben wurden.

1.4 Die demographisch-soziale Stabilität

Die demographisch-soziale Stabilität, die in Mazedonien bisher als gering eingestuft werden mußte, da die hohe Geburtenrate der albanischen Bevölkerung bei der slawo-mazedonischen Bevölkerung die Angst vor einer drohenden ethnischen Majorisierung hervorruft, erfuhr durch die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo seit Ende März 1999 eine weitere Verschlechterung. Mazedonien nahm bis Mitte April ca.120.000 Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Kosovo auf⁶. Sollte es der Staatengemeinschaft nicht gelingen, die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem Kosovo in ihre Heimatgebiete zu ermöglichen, würde sich der Anteil der Albaner an der mazedonischen Gesamtbevölkerung noch zusätzlich erhöhen. Diese weitere einschneidende Veränderung der demographischen Struktur Mazedoniens „zuungunsten“ des slawo-mazedonischen Bevölkerungselements

⁴ Vgl. Vreme (unabhäng. serbisches Nachrichtenmagazin), 13. 3. 1999. S. 14f.

⁵ Vgl. Die Presse 30. 4. 1999, S. 29.

⁶ Vgl. UNHCR News – Refugees Daily, 16. 4. 1999.

könnte den Konsens der albanischen und slawo-mazedonischen Regierungspartner in der Nationalitätenpolitik sowie deren Erfolge bei der Erhöhung der ethnischen Stabilität wieder gefährden. Eine mögliche Abschiebung der nach Mazedonien geflüchteten Kosovo-Albaner nach Albanien über einen „Flüchtlingskorridor“ wiederum hätte die Verschlechterung der Beziehungen Mazedoniens zu Albanien zur Konsequenz, das die meisten Flüchtlinge aus dem Kosovo (ca.300.000 – 350.000, Stand: Mitte April) aufgenommen hat.

2 Beurteilung der Armee Mazedoniens

(Stand: 12. 4. 1999)

2.1 Allgemeine Bemerkung

Mit der dramatischen Entwicklung der Vorgänge im Kosovo rückt auch die sicherheitspolitische Situation Mazedoniens zunehmend in das internationale Interesse. Der Zustand der Armee Mazedoniens (ARM) sowie die Einbindung des Staates in multinationale Sicherheitsorganisationen und sonstige Kooperationen gewinnen daher rasant an Bedeutung und stellen den zentralen Inhalt dieser Bestandsaufnahme dar. Der methodische Aufbau leitet sich dabei von der im Rahmen des Early Warning-Konzeptes erstellten Systematik ab.⁷

Am 7. 10. 1998 veröffentlichte Skopje erstmals ein Weißbuch über die Verteidigung des Landes. Darin gesteht man der Armee einen zehnjährigen Transformationsprozeß zu, während dessen die allgemeine Wehrpflicht beibehalten und der Übergang zu einer Professionalisierung erreicht werden soll.⁸ Der damalige Verteidigungsminister Kitanoski bezifferte die Präsenzstärke mit 15.000 inkl. 4.500 Angehörige der paramilitärischen Polizei. Infolge der begrenzten finanziellen Ressourcen sei die Aufstellung von zwei professionellen rasch verfügbaren Eingreifbrigaden nicht gleichzeitig, sondern gestaffelt geplant. Beschaffungsvorgänge für die Luftwaffe seien nicht von primärer Bedeutung.⁹

2.2 Rolle der Armee

2.2.1 Politische Rolle

Sicherheits- und verteidigungspolitische Angelegenheiten von gehobener Bedeutung werden im Sicherheitsrat, dem der Präsident Mazedoniens vorsteht, beschlossen. Erstmals seit 1995 berief *Gligorov* am 15. 2. 1999 dieses Gremium ein, um die aktuelle Situation zu erörtern.¹⁰ Im Zusammenhang mit der Pensionierung von fünf Generälen war kurz zuvor der Eindruck entstanden, die Regierung versuche, die Kompetenzen des Präsidenten in Militärangelegenheiten zu beschränken, indem sie mehr Einfluß in Personalangelegenheiten gewinnen will.¹¹

Nach einer neuerlichen Sitzung des Sicherheitsrates am 2. 4. 1999 ordnete der Präsident eine Teilmobilmachung der Armee an, um die Grenze besser sichern zu können.¹² Daß diese

⁷ Dieser zufolge stellt der Bereich Militär ein Diskontinuitätenfeld dar, das in die Teilbereiche Rolle der Armee (politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich), Militärpotential und Kooperationspolitik gegliedert wurde.

⁸ Vgl. Jane's defence weekly: „Macedonia publishes defence White Paper for the first time“ 7. 10. 1998.

⁹ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Army welcomes Bulgaria's gift of howitzers“, „outdated tanks-Newspaper“, 27. 2. 1999.

¹⁰ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Security Council holds first session since 1995“, 18. 2. 1999.

¹¹ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Government seen as seeking more control over army“, 13. 2. 1999.

¹² Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „President Orders ‘partial mobilization’ to strengthen border“, 5. 4. 1999.

Kräfte auch zur Bewältigung der Vertriebenenproblematik eingesetzt werden, steht außer Zweifel. Die damit erfolgte Bereitstellung von 2.560 Mann ist zweifellos eine beachtliche Verstärkung der präsenten Kräfte, stellt jedoch keine wesentliche Kapazitätsverbesserung dar.¹³ Dem Verhalten und der Vorgangsweise des Militärs und der Polizei kommt enorme Bedeutung zu, weil es zu einer Mazedonien-internen Beruhigung oder Radikalisierung des Verhältnisses zwischen den Slawo-Mazedoniern und den Albanern im Lande beitragen kann. Essentiell wird dabei sein, ob der bewaffnete Widerstand in Form der albanischen Befreiungsbewegung UÇK in Mazedonien Fuß fassen bzw. wie dieses verhindert werden kann. Der politischen Führung dürfte seit längerer Zeit klar sein, daß eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse nur mit massiver internationaler Unterstützung und Kooperation erzielt werden kann, was sich in der eindeutigen Annäherung an die NATO und die USA manifestiert. Die Bewältigung der aktuellen Problematik im Zusammenwirken mit der NATO und einzelnen Nachbarstaaten kann auch für den Ausbau und die Konsolidierung der ARM ein wesentlicher und wertvoller Impuls sein, der sich besonders in der Fremd- und Eigenperzeption zeigen könnte.

2.2.2 *Militärpotential*

Der bereits 1998 erkennbare Trend zur Aufrüstung hat sich auch Anfang 1999 massiv fortgesetzt. Hilfe kommt dabei nicht nur aus den Reihen der NATO-Staaten, sondern auch vom Nachbarn Bulgarien. Nach Beilegung des Sprachenstreites kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Lieferung von 150 Kampfpanzern der Type T55 (114 T-55A, 36 T-55AM2) und 150 Haubitzen (142 D-30 mit 122 mm, 8 mit 155 mm Kaliber). Der Vorteil besteht darin, daß Teile des Kaderpersonals mit diesem – auch in der damaligen JVA verwendeten – Gerät vertraut sind, außerdem existiert noch eine betriebsbereite Instandsetzungseinrichtung in den Tito-Metallwerken. Weiters ist eine Schulung durch bulgarisches Personal zugesagt.¹⁴ Zwischen den beiden Verteidigungsministern wurde eine Unterstützung im Bereich der militärischen Fortbildung durch die Entsendung mazedonischer Armeeingehöriger an die bulgarische G. S. Rakovski-Militärakademie in Sofia vereinbart.¹⁵

Die USA lieferten im Zuge ihres Militärhilfsprogrammes (im Wert von 14 Mio. US-Dollar von 1996 – 1998) 41 Geländefahrzeuge Type Hummer, 18 Stück Haubitzen Kaliber 105 mm, 700 Maschinengewehre, 100 Nachtsichtgeräte sowie sechs Sprachlabors (Englisch). Eine US-Expertengruppe soll außerdem das mazedonische Verteidigungsministerium bei der Erstellung einer Militärdoktrin und eines Ausbildungssystems unterstützen, das mit den NATO-Standards kompatibel ist.¹⁶

2.2.3 *Kooperationspolitik*

Die seit der staatlichen Unabhängigkeit angestrebte und verfolgte sicherheitspolitische Kooperationspolitik stützte sich auf drei Säulen, die in der Einbettung in die UNO und die NATO sowie der Beteiligung an einem regionalen Streitkräfteelement besteht. Bereits seit Herbst 1998 war eine verstärkte Annäherung an die NATO zu erkennen, während der Abzug der UNO-Kräfte (UNPREDEP) mit Anfang März 1999 ein abruptes Ende dieses Stabilisierungselementes bedeutet. In der aktuellen Situation kann der Abgang der mehr als 1.000 UN-Soldaten jedoch durch die progressive NATO-Präsenz mehr als kompensiert werden, dies bedeutet aber auch eine qualitative Veränderung (NATO ersetzt UNO).

¹³ Angabe von Prof. Oschlies anlässlich eines Vortrages am 15. April 1999 in Reichenau an der Rax.

¹⁴ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Army welcomes Bulgaria's gift of howitzers“, „outdated tanks-Newspaper“, 27. 2. 1999.

¹⁵ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Bulgaria, Macedonia agree military cooperation“, 23. 2. 1999.

¹⁶ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Army receives US military aid“, 4. 12. 1998.

2.2.3.1 Stationierung Extraction Force (Operation „Joint Guardian“)

Nach dem *Milošević-Holbrooke*-Abkommen vom Oktober 1998 entschloß sich die NATO, eine Eingreiftruppe in Stärke von 1.800 Mann zu installieren. Ihre Stationierung in Mazedonien wurde trotz serbischer politischer Intervention mit der neugewählten Regierung in Skopje vereinbart und von Ministerpräsident *Georgievski* am 3. 12. 1998 bekanntgegeben.¹⁷

2.2.3.2 Abzug UNPREDEP

Die Anwesenheit der Extraction Force sollte unabhängig von der seit 1993 laufenden UNO-Mission UNPREDEP (bis 30. 3. 1995 unter UNPROFOR) erfolgen, um deren Mandatsverlängerung sich die Regierung noch Ende Jänner 1999 bemühte.¹⁸ Die diplomatische Verstimmung mit China (wegen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Mazedonien und Taiwan) verhinderte allerdings das entsprechende UN-Mandat. In der Sitzung des Sicherheitsrates Ende Februar machte China von seinem Vetorecht Gebrauch, während 13 Mitglieder zustimmten und Rußland sich der Stimme enthielt.¹⁹ Die bis dahin äußerst erfolgreiche und erstmals als Präventivmaßnahme konzipierte Mission stellte daher mit 1. 3. 1999 sämtliche Aktivitäten ein und wurde aufgelöst.²⁰ Anlässlich eines Besuches des US-Senators *Robert Dole* am 6. 3. 1999 bei Präsident *Gligorov* ersuchte dieser um Beteiligung und Unterstützung bei der Einrichtung eines „adäquaten“ Ersatzes²¹ (Operation „Joint Guardian“).

2.2.3.3 Ausbau Extraction Force zu Kosovo Force

Die politischen Verhandlungen von Rambouillet und Paris waren parallel begleitet vom Bestreben der NATO, Friedenskräfte zur Implementierung eines allfälligen Abkommens bereitzustellen. Am 12. 2. 1999 fiel im Nordatlantikrat die Entscheidung, 28.000 Mann für diesen Zweck zusammenzuziehen und unter dem Kommando des ARRC (Allied Rapid Reaction Corps) „auf Abruf“ in das Kosovo zu entsenden. Am 8. 3. 1999 beauftragte der Oberkommandierende (SACEUR) den Kommandant dieses Verbandes, eine Kommandozentrale zur Koordinierung und Vorbereitung sämtlicher Aktivitäten vor Ort in Mazedonien einzurichten. Operationell steht dieser Verband unter dem Süd-Kommando (AFSOUTH), die Befehlskette geht allerdings direkt vom SACEUR zu ARRC.²² Die Formierung wurde unverzüglich eingeleitet, das Gros der Kräfte in der derzeitigen Stärke von knapp 12.000 Mann kam über griechische Häfen nach Mazedonien. Der Botschafter Jugoslawiens in *Skopje* protestierte umgehend gegen dieses Vorhaben der NATO und der Zustimmung Mazedoniens.²³ Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die Absicht Skopjes und Sofias, ihre logistische Unterstützung für die NATO koordinieren zu wollen.²⁴

¹⁷ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Army to enjoy ‘special privileges’ in its relation with NATO”, 5. 12. 1998.

¹⁸ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Government seeks six-month extension of UN force”, 29. 1. 1999.

¹⁹ Vgl. Die Presse: „Chinas Veto beendet UN-Konfliktverhütung in Mazedonien“, 27. 2. 1999.

²⁰ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „UN Preventive Force suspends all activities”, 3. 3. 1999.

²¹ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „President seeks US help over UN force”, 10. 3. 1999.

²² Vgl. M2 Presswire des ARRC: „NATO's Rapid Reaction Corps to establish HQ in Macedonia”, 8. 3. 1999.

²³ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: „Yugoslav envoy criticizes Macedonia over NATO troops”, 5. 3. 1999.

²⁴ Vgl. Reuters News Service: „Focus – Bulgaria, Macedonia end row, sign accords”, 22. 2. 1999.

Fest zu halten bleibt allerdings, daß sich die mazedonische Führung weiterhin gegen eine NATO-Bodenoperation gegenüber Jugoslawien von mazedonischem Territorium aus ausspricht. Wie weit diese Position zu halten sein wird, bleibt abzuwarten.

2.2.3.4 Friedenstruppe für Südosteuropa

Fortschritte wurden bei der Installierung der „South-Eastern Europe Multi-National Force“ (SEEMNF) erzielt. Am 12. 1. 1999 unterzeichneten die Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten Italien, Türkei, Griechenland als NATO-Vollmitglieder sowie der vier PfP-Teilnehmer Albanien, Bulgarien, Mazedonien und Rumänien in Athen das Gründungsabkommen. Die USA und Slowenien bekommen Beobachterstatus. Nach langem Tauziehen einigte man sich in der Kommandofrage dahingehend, daß alle zwei Jahre die Kommandoführung wechselt, das Streitkraftkommando wird alle vier Jahre verlegt. Der Beginn erfolgt in Bulgarien, der erste Kommandeur wird von der Türkei gestellt.²⁵ Primäre Aufgaben für die maximal 4.000 Mann umfassende Truppe sollte die Absicherung humanitärer Hilfsaktionen und Waffenstillstandsüberwachungen sein. Mit der Einsatzfähigkeit der Brigade ist aber nicht vor Ende 1999 zu rechnen.²⁶ Das Realvermögen dieses Verbandes kann aktuell noch nicht beurteilt werden, ihr Wert dürfte vor allem im politischen Bereich angesiedelt sein. Die Bereitschaft zur Bildung dieser Streitkraft ist ein äußerst positiver Impuls für die sicherheitspolitische Strukturierung dieser Region, militärische Lösungskompetenz vor allem im Kosovo-Konflikt ist allerdings nicht zu erwarten.

2.3 Zusammenfassende Bemerkungen

Unter den sicherheitspolitischen Zwängen werden die Bemühungen um den Aufbau eines leistungsfähigen Krisenreaktionselementes in Form der Armee offenkundig vorangetrieben. Der Zulauf militärischen Gerätes vor allem in Form der Panzer und Artilleriesysteme, aber auch die getroffenen Ausbildungsvereinbarungen deuten in Richtung Qualitäts- und Kampfwertsteigerung. Die seit 1998 zulaufenden Geräte reichen aus, um die als rasche Reaktionskraft geplanten zwei Brigaden als mechanisierte Brigaden mit jeweils vier Kampfbataillonen aufzustellen. Allerdings kann keine Sofortwirkung erwartet werden. Um dieses Gerät in Strukturen einzubetten und um die Verbände in militärische Operationen entsprechend einbinden zu können, sind mehrere Jahre erforderlich. Desgleichen ist auch die Kapazität der gemeinsamen Balkan-Streitkraft einzuschätzen. Beides sind Ansätze, die zweifelsohne mittel- und langfristig ganz entscheidend zur Stabilisierung der Region beitragen werden. Die derzeitigen Probleme können damit nicht gelöst, bestenfalls kann die Staatengemeinschaft in Form der NATO durch lokale Kräfte unterstützt werden.

Noch nicht beurteilbar ist die Auswirkung der Teilmobilmachung der mazedonischen Armee. Sie kann sowohl von der Zusammensetzung als auch ihrem Aufgabenbereich deeskalierend, aber auch radikalierend wirken. Von zentraler Bedeutung wird sein, ob es gelingt, ein Festsetzen der UÇK auf mazedonischem Territorium zu verhindern. Eine ausschließliche Konzentration kosovo-albanischer Vertriebener im Westteil ohne begleitende Sicherheitsmaßnahmen der mazedonischen Führung und der NATO wäre vermutlich eine ideale Basis des bewaffneten Widerstandes. Weder die Armee Mazedoniens noch ihre Sicherheitskräfte sind in der Lage, die Grenzsicherung gegenüber Jugoslawien auch nur annähernd sicherzustellen. Die Mobilmachung ist daher zwar als Anstrengung der Staatsführung gutzuheißen, in der Realität ist die diesbezügliche Verantwortung längst auf die NATO übergegangen. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Landesinneren wird

²⁵ Vgl. Jane's Defence Weekly: „Balkan states to set up rapid reaction force“, 20. 1. 1999.

²⁶ Vgl. TAZ, Die Tageszeitung: „Griechenland: Friedenstruppe für den Balkan gegründet“, 14. 1. 1999.

daher für *Skopje* von zentraler Bedeutung sein, der Einsatz eigener Kräfte wird sich daran zu orientieren haben.

3. Krisenpotentialranking (April 1999 – NATO-Luftangriffe gegen Serbien): Notwendige Stabilisierungsmaßnahmen

Aktions-Alternativen	5	4	3	2	1
Krisenpotential	sofortiger Aktionsbedarf	laufende Beobachtung	mehrmals jährlich Beobachtung	jährliche Beobachtung	vorhanden stichprobenartige Beobachtung
Lokale Krisenpotentiale (innerstaatlich)					
Wirtschaftslage	X				
Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen			X		
Lokale Konzentration v. ethnischen u./oder religiösen Minderheiten	X				
Ethnisch disproportionalen Bevölkerungswachstum	X				
Erfüllungskompetenz des Militärs	X				
Regionale Krisenpotentiale mit Landesbezug					
Kosovo	X				
Albanien	X				
Konflikt mit Griechenland				X	
Involvierung Serbiens in kriegerische Auseinandersetzungen	X				

Für die längerfristige Stabilisierung Mazedoniens dürfte aufgrund der im Krisenpotentialranking angeführten Krisenpotentiale, die vorrangig zu behandeln sind, vor allem die Ergreifung folgender Maßnahmen seitens der Staatengemeinschaft erforderlich sein:

- Die ökonomische Krise Mazedoniens ist als mittelbare Konsequenz des Zusammenbruchs des einheitlichen südslawischen Wirtschaftsraumes im Jahre 1991 zu sehen. Eine wirkliche Genesung der mazedonischen Wirtschaft wird deshalb maßgeblich von einer Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abhängig sein. Die Europäische Union könnte durch eine „Anreizpolitik“ die Idee der Wiederherstellung der südslawischen Freihandelszone unterstützen. So müßte ein westlicher „Marshall-

plan“ für den südslawisch-albanischen Raum an die Bereitschaft der „Empfängerländer“ gebunden sein, sich an einem ökonomischen (Re)integrationsprozeß in der Region zu beteiligen. Neben diesem mittel- bis langfristig wirksam werdenden Stabilisierungsansatz bestünde die Notwendigkeit intensiver ökonomischer Hilfsmaßnahmen, die schon kurzfristig zur Stabilisierung der mazedonischen Wirtschaft beitragen. Zu diesen „kurzfristig greifenden“ Maßnahmen zählen sowohl der erleichterte Zugang Mazedoniens zu den EU-Märkten sowie eine großzügige internationale Finanzhilfe für den mazedonischen Staat. Letztere sollte vor allem dazu beitragen, Mazedonien von jenen zusätzlichen ökonomischen und finanziellen Bürden zu befreien, die diesem Staat aus der Aufnahme von über hunderttausend Flüchtlingen aus dem Kosovo im Frühjahr 1999 erwachsen sind.

- Im Hinblick auf die Existenz extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen, die eine Gefahr für die politische Stabilität Mazedoniens sein könnten, kann seit der Bildung der neuen Regierung aus slawo-mazedonischen Politikern der VMRO und albanischen Politikern der PDSH im Herbst 1999 eine Verringerung des ethno-nationalistischen Konfliktpotentials im slawo-mazedonischen und albanischen Bereich konstatiert werden. Parallel dazu war jedoch wegen der NATO-Präsenz im Land eine zunehmende Radikalisierung der serbischen Volksgruppe festzustellen. Daraus resultierende Unruhen waren jedoch bislang aufgrund des geringen Anteils der serbischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Mazedoniens nur von lokaler Bedeutung und hatten keinen Einfluß auf die Gesamtstabilität Mazedoniens. Aufgrund der insgesamt als positiv zu bewertenden Entwicklung im Bereich der interethnischen Beziehungen erscheinen bis auf weiteres mit Ausnahme der mehrmals jährlichen Beobachtung keine internationalen Maßnahmen in Zusammenhang mit den in Mazedonien aktiven politischen Parteien notwendig.
- Ein sofortiger Aktionsbedarf der Staatengemeinschaft besteht jedoch in Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung in Mazedonien. Die Flüchtlingswelle aus dem Kosovo und die daraus resultierende Vergrößerung des albanischen Anteils an der mazedonischen Gesamtbevölkerung können mittelfristig zu einer neuerlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen der slawo-mazedonischen Bevölkerung und der angestammten albanischen Bevölkerung in Mazedonien führen. Um dies zu verhindern, muß die Staatengemeinschaft an ihrem Ziel, Voraussetzungen für eine Rückkehr aller geflüchteten und vertriebenen Kosovo-Albaner schaffen zu wollen, festhalten.
- Bei der Rückführung der Flüchtlinge sollten zuerst jene Flüchtlinge berücksichtigt werden, die von Mazedonien aufgenommen wurden. Ausschlaggebend dafür ist der Umstand, daß im Vergleich zu Albanien für Mazedonien durch die Aufnahme der Kosovo-Albaner nicht nur große wirtschaftliche Probleme, sondern auch politisch-demographische Probleme entstehen, die die fragile interethnische Stabilität dieses Staates gefährden könnten.
- Die geringe Erfüllungskompetenz der mazedonischen Armee, die sich vor allem darin zeigt, daß sie nicht über die notwendigen personellen Ressourcen und die notwendige Ausrüstung verfügt, die Außengrenzen des Landes – insbesondere zu Serbien – aus eigener Kraft zu sichern, erfordert eine längerfristige NATO-Präsenz. Die NATO-Truppen müßten zumindest bis zur Stabilisierung des staatlichen Umfeldes die Aufgaben der mazedonischen Armee übernehmen bzw. sie dabei unterstützen. Im Kontext einer längerfristigen Stabilisierung des südlichen Balkans erscheint eine internationale Unterstützung beim Aufbau der mazedonischen Armee (deren Aufgaben im Gegensatz zu anderen Streitkräften der Balkanregion rein defensiver Natur sind) sowie die Einbindung Mazedoniens in regionale Sicherheitskooperationen

(Balkandivision) und in die relevanten europäischen Sicherheitsorganisationen (EU,NATO) sinnvoll und notwendig.

- Die größte Gefahr für die Stabilität des mazedonischen Staates geht auch weiterhin vom Krieg im Kosovo aus. Weitere Flüchtlingsströme aus dem Kosovo würden nicht nur die innenpolitische Stabilität des mazedonischen Staates gefährden, sondern sie könnten auch zu Spannungen mit dem Nachbarstaat Albanien führen. Anlaß dafür könnte z.B. die Einstellung der Betreuung albanischer Flüchtlinge durch mazedonische Behörden in Folge eines wirtschaftlichen und finanziellen Kollaps oder die Weiterleitung albanischer Flüchtlinge nach Albanien sein. Weiters ist Mazedonien bei einer Fortführung des Krieges im Kosovo aufgrund der NATO-Präsenz auch der ständigen Gefahr ausgesetzt, zum Ziel serbischer Vergeltungsschläge zu werden. Eine möglichst rasch erzielte stabile politische Lösung für den Kosovo, deren Implementierung durch eine internationale Präsenz im Konfliktraum abgesichert wird, ist somit auch eine Grundvoraussetzung für die Wahrung der Stabilität in Mazedonien.

Obst Mag. Walter Feichtinger,
Institut für Internationale Friedenssicherung
im Bundesministerium für Landesverteidigung

Mag. Predrag Jureković,
Militärwissenschaftliches Büro
im Bundesministerium für Landesverteidigung